

Forschung und Lehre als Beruf.

Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren Bologna-Prozess

Bologna, die wunderschöne italienische Universitätsstadt, heißt bis heute „dotta e grassa“, die „gelehrte“ und die „fette“ (wegen des guten Essens). Doch ist die Initiative für eine europäische Hochschullandschaft, die dort vor zehn Jahren angestoßen wurde, wirklich eine gelehrte Sache, oder liegt dieser Bologna-Prozess nur schwer im Magen? Die Katholische Akademie führte in einem gemeinsamen Symposium ihrer Hochschulkreise am 5. Juni 2009 Hochschullehrer und Wissenschaftsmanager zusammen, die im interdisziplinären Gespräch ihre eigenen Erfahrungen nach einem Jahrzehnt „Bologna-Prozess“ reflektierten. „zur debatte“ dokumentiert die dort gehaltenen Statements und das überarbeitete Referat des Wiener Uni-Rektors Prof. Dr. Georg Winckler, der die Situation in anderen europäischen Ländern in den Blick nahm.

„Bologna-Prozess“ – Intention und Stand der Umsetzung: Schlaglichter im europäischen Vergleich

Georg Winckler

1. Die drei Ebenen des Bologna-Prozesses

Der Bologna-Prozess begann im Juni 1999 als ein europäischer Prozess, der inzwischen nahezu alle Staaten Europas, nämlich 46, umfasst. Zunächst war er ein rein intergouvernementaler Prozess; von den Universitäten wurde „erwartet“, dass sie „prompt und positiv reagieren“ (Bologna-Erklärung vom 19.6.1999). Mittlerweile beeinflussen die wichtigen „Stakeholder“, insbesondere die Europäische Kommission, der Europarat, die European Students Union (ESU) und die European University Association (EUA) den Bologna-Prozess immer stärker. Heute ist der Bologna-Prozess weniger ein Mittel der zwischenstaatlichen Koordination, sondern Ausdruck einer Dynamik, die zur Europäisierung und Modernisierung des Hochschulbereichs in Europa führt.



Prof. Dr. Georg Winckler, Rektor der Universität Wien, Professor für Volkswirtschaftstheorie und Volkswirtschaftspolitik

Neben dem europäischen Prozess, der durch die alle zwei Jahre stattfindenden Ministertreffen getragen wird und durch gemeinsame Communiqués dokumentiert ist, existiert ein *nationaler* Bologna-Prozess, der durch die Transformation der Empfehlungen der europäischen Ebene in nationale Beschlüsse ausgelöst wurde. Schließlich bewirkt der Bologna-Prozess auch eine Veränderung auf *institutioneller* Ebene, denn in den Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen ist der Bologna-Prozess umzusetzen: Neue Bachelor-, Master- und PhD-Curricula sollen in Kraft treten, ECTS-Systeme sind zu implementieren, institutionelle Qualitätssicherungssysteme sind einzuführen u. a. m.

Der europäische, der nationale sowie der institutionelle Bologna-Prozess sind getrennt zu betrachten. Zwar bestehen erhebliche Wechselwirkungen, dennoch muss sich etwa eine Kritik am Bologna-Prozess fragen: Ist die Kritik an den europäischen Empfehlungen anzusetzen? Gilt die Kritik der nationalen Transformation (diese kann zu rigid gewesen sein oder bürokratische Lösungen enthalten)? Oder lag es an den Hochschulleitungen, welche die Bologna-Ideen nicht umsetzen konnten oder wollten?

Der Bologna-Prozess auf europäischer Ebene ist mit den Debatten zur Europäisierung des *Hochschulraums* und zur *Modernisierung der Universitäten* eng verbunden. Bei beiden Debatten geht es primär nicht um einen Leistungsvergleich der europäischen mit den US-amerikanischen Universitäten, sondern vielmehr darum, wie die Universitäten Europas nach mehr als 200 Jahren nationaler Eigenentwicklungen, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in einem europäischen Rahmen besser gestalten können.

2. Universitäten am Beginn des 21. Jahrhunderts

Der kürzlich verstorbene Ralf *Dahrendorf* meinte 2000, als er sich mit den Veränderungen der (ost-)europäischen Universitäten seit 1989 in Hinblick auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts beschäftigte, Universitäten seien „a ragbag of institutions with no clearly defined boundaries and no substantive core“ (Dahrendorf, Ralf: *Universities after Communism*, Hamburg 2000, insbes. „Universities: Idea and Reality“, 105 ff). Nach Dahrendorf sollten Universitäten pulsierende („vibrant“) und innovative Systeme aufweisen, Offenheit für die Welt zeigen, geographische, politische sowie soziale Reichweite besitzen und sich mit Angelegenheiten des öffentlichen Interesses intensiv auseinandersetzen. An den heutigen Universitäten (Kontinental-)Europas vermisste er all diese Eigenschaften.

Ein kurzer historischer Rückblick mag die Notwendigkeit einer Neuordnung der europäischen Universitätslandschaft verdeutlichen. Das britische System blieb durch lange Zeit, und teilweise noch heute, dem mittelalterlichen College System verbunden. Deutlich wird dieses mittelalterliche Erbe auch im amerikanischen System, das dem britischen Beispiel folgte. Im College wird die Tradition der früheren Artistenfakultät fortgesetzt. Es geht um die Vermittlung von Allgemeinbildung, auch darum, die Studenten zu „gentlemen“ zu erziehen. In den „professional schools“ wiederum wird nicht die wissenschaftliche Wahrheit gesucht, vielmehr werden Theologen, Juristen oder Mediziner (im Anschluss an die 3 klassischen Fakultäten des Mittelalters) ausgebildet. Selbstverständlich kamen in der modernen Welt weitere „professional schools“ hinzu: Business School, School of Journalism u. a. m.

Das französische Universitätssystem erfuhr während der Französischen Revolution und in den anschließenden napoleonischen Jahren eine einschneidende Zäsur. Die Universitäten, die es damals versäumten, naturwissenschaftliche oder technische Studien zu betreiben, wurden teils im Namen des Fortschritts geschlossen, teils durch „*écoles spéciales*“ (die heutigen *grandes*

écoles) ersetzt. In diesen wurden und werden die Staatskader so ausgebildet, dass sie dem Staat nützen. Noch heute ist die Ecole Polytechnique, 1794 gegründet, ein Teil des französischen Verteidigungsministeriums. Die verbleibenden französischen Universitäten erfuhren damals einen Bedeutungsverlust, der bis heute nachwirkt.



Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann, Präsident der Technischen Universität München, wirkte an der Tagung mit und hob auf die positiven Aspekte des Bologna-Prozesses ab.

Gegen diese Nützlichkeit der Ausbildung in den „écoles spéciales“ traten Anfang des 19. Jahrhunderts Humboldt u. a. auf. Die universitas litterarum trat an die Stelle der universitas magistrorum et scholarium. Die neue Universität sollte Meta-Subjekt des spekulativen Geistes sein. Die Suche nach der Wahrheit, nicht die Nützlichkeit wurde die zentrale Idee der Universität. Nicht mehr der Humanismus, sondern die Spekulation legitimierte die Humboldtsche Universität. Folgerichtig wurden die Bakkelaureats- und Magisterstudien abgeschafft, nur das Doktoratsstudium blieb. Diese Reform hatte aber fatale Folgen für das 20. Jahrhundert, in dem immer höhere Prozentsätze eines Jahrgangs ein Hochschulstudium begannen. Die Hum-

Humboldtsche Universität mutierte so zur schlecht verwalteten Massenuniversität. Diplomstudien gewannen daher an Bedeutung, teils als Folge der Gründung von Technischen Hochschulen (nach dem Vorbild der Ecole Polytechnique), teils um an den Universitäten den Massenandrang besser bewältigen zu können. Humboldtsche Doktoratsstudien eignen sich nicht als Hauptelement des Studienangebots einer Massenuniversität. Auch ein zweiter negativer Effekt trat ein: Das Humboldtsche System verhinderte eine Ausdifferenzierung der Universitätslandschaft. Alle Universitäten folgten der Idee der Forschungsuniversität. Erst die Einrichtung von Fachhochschulen wirkte differenzierend.

Die Universitäten der USA verhielten sich bezüglich des Aufkommens von Forschungsuniversitäten pragmatisch. Als am Ende des 19. Jahrhunderts die Johns Hopkins University als erste in den USA die Humboldtsche Idee einer stark an Forschung ausgerichteten Universität mit der Einführung eines eigenen PhD Studiums übernahm, blieb dennoch das Angebot von traditionellen Bachelor- und Masterstudien voll erhalten. Unter den rund 4.000 amerikanischen Hochschuleinrichtungen, die alle heute noch der traditionellen college education eng verbunden sind, existieren nur 250 – 300 PhD granting institutions. Selbst die berühmten Ivy League Colleges folgten dem Beispiel der Johns Hopkins University nur zögerlich. Viele davon entwickelten sich zumeist erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu Forschungsuniversitäten.

Das amerikanische System kann demgemäß als ein hybrides System beschrieben werden: Auf der Basis der mittelalterlichen College- und Professional School-Tradition wurden PhD Studien in nur einigen der 4.000 Universitäten eingerichtet. Dieses hybride System machte die amerikanischen Universitäten wettbewerbsstark, da sie sich differenzieren konnten. Der Präsident des American Council on Education (ACE, US Hochschulverband) beschrieb diese Stärke so: „The US system is elitist at the top, and democratic at the base“ (EUA-Tagung Oktober 2002, Zürich). Das amerikanische System kommt erstens den zunehmend diversifizierten Studienwünschen der Studierenden nach, ist also demokratisch. Zweitens ist es auch stark in der Spitzenforschung, stark „at the top“, nämlich in den Eliteuniversitäten.

Der europäische Bologna-Prozess muss also zweierlei erreichen: Einerseits muss er *nationale Fragmentierungen* als Folge der Geschichte der letzten 200 – 220 Jahre überwinden. Andererseits sind die Studienangebote *auszudifferenzieren*. Beides soll durch die Einführung der dreistufigen europäischen Studienarchitektur, also durch einen Rückgriff auf die jahrhundertalte Tradition der europäischen Universitäten, gelingen.

3. Die europäische Modernisierungs-Agenda der EU-Kommission

Auf europäischer Ebene gibt es jedoch neben der Europäisierung des Hochschulraums noch einen zweiten Diskussionsstrang, nämlich den der Modernisierung des Hochschulsektors Europas, insbesondere jenes in Kontinentaleuropa. Dieser Diskussionsstrang kommt am deutlichsten in einem Dokument der Europäischen Kommission zum Ausdruck (Delivering on the Modernisation Agenda for Universities: Education, Research and Innovation. COM (2006) 208 final, 10. Mai 2006). Dieses Dokument entstand, unter der Mitwirkung von Experten, als Antwort auf das Hampton Court Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs im Rahmen der britischen EU-Präsidentschaft Ende Oktober 2005. Dort überraschte der britische Premierminister Tony Blair seine Amtskollegen mit der Aussage, ein europäischer Forschungsraum, vor allem die Umsetzung der Lissabon-Strategie, gelinge nur mit modernisierten, auch forschungstärkeren Universitäten. Ein europäischer Forschungsraum ohne starke Universitäten wäre „Hamlet“ ohne den Prinzen.

Das Dokument der Europäischen Kommission enthält insbesondere fünf Punkte der Modernisierung:

a) Verbreiterung des Hochschulzugangs auf einer (sozial) gerechteren Basis

Moderne Wissensgesellschaften benötigen zunehmend Personen mit Hochschulbildung. Da es in Wirtschaft wie Gesellschaft verstärkt auf Innovation und nicht auf Imitation ankommt, da die Akzeptanz neuer Technologien in der breiten Bevölkerung zu verstärken ist, bietet nur eine „general education“ mit der Vermittlung von „generic skills“ langfristig gute Lebenschancen. Die herkömmliche Fachausbildung, die bislang das Bildungssystem Kontinentaleuropas prägte, ist daher zu akademisieren. Skandinavische Staaten, vor allem Schweden und Finnland, weisen bereits Partizipationsraten an der Hochschulbildung von 50 % und mehr eines Jahrgangs auf. Eine dreigliedrige Studienarchitektur begünstigt hohe akademische Partizipationsraten, da lange Studienzeiten in einer Stufe, wie sie etwa im herkömmlichen Diplomstudium in Deutschland, Österreich und der Schweiz üblich sind, vermieden werden. Überdies bietet die Verkürzung der Studienzeit, auch schon die Modularisierung der Studien, Studierenden mit geringen finanziellen Mitteln den Vorteil, das Studium besser mit begleitender Berufstätigkeit abstimmen zu können.

Prof. Dr. Alfred Hierold (re.), langjähriger Rektor der Universität Bamberg und Professor für Kirchenrecht, leitete das Symposium. Entspannt zeigte er sich zusammen mit Rektor Georg Winckler.

b) Abbau der Barrieren um die Universitäten

Der Hochschulsektor ist so umzugestalten, dass die intraeuropäische wie die intersektorale Mobilität der Studierenden, Graduierten und Wissenschaftler entscheidend erhöht werden kann. Die intraeuropäische Mobilität gelingt letztendlich nur über eine gemeinsame europäische Studienarchitektur. Mobilität sollte zudem vor allem eine vertikale sein: Bachelor-Grade sind in einem Land zu erwerben, Master- und PhD-Grade in anderen Ländern.

c) Vermittlung von Kompetenzen für den Arbeitsmarkt

Wegen hoher Arbeitslosenraten der Graduierten im Durchschnitt der EU-25 Staaten, besonders in Frankreich, Spanien oder Italien, ist auf die „employability“ der Graduierten zu achten. Wie diese „employability“ erreicht werden kann, würde eines eigenen Referats bedürfen.

d) „Echte“ Autonomie und Verantwortlichkeiten für Universitäten

Nationalstaatliche Eingriffe der letzten 200 – 220 Jahre führten bei vielen Universitäten Kontinentaleuropas zu einem Autonomieverlust. Bereits die Bologna-Erklärung von 1999 zitiert die Magna Charta Universitatum von Bologna aus 1288, um zu unterstreichen, dass „Unabhängigkeit und Autonomie der Universitäten gewährleisten, dass sich die Hochschul- und Forschungssysteme den sich wandelnden Erfordernissen, den gesellschaftlichen Anforderungen und den Fortschritten in der Wissenschaft laufend anpassen. Das Dokument der Kommission aus 2006 betont, dass diese Autonomie eine „echte“ sein muss: eine akademische Autonomie, eine finanzielle Autonomie, eine Autonomie bezüglich Anstellung von Personal und Festlegung von Gehaltsstrukturen und schließlich eine Organisationsautonomie.

Die Umsetzung des Bologna-Prozesses in den Universitäten muss durch hohe institutionelle Autonomie gekennzeichnet sein. Nur so gelingt es einer Universität, über die Implementierung der Bologna-Empfehlungen ihr institutionelles Profil, ihr „mission statement“ sowie ihre Werte neu zu bestimmen. Die Universität Wien hat etwa ihre 2004 gewonnene Autonomie für diese Neubestimmung genutzt.

e) Überwindung der Finanzierungslücke: 2 % des BIP für den Hochschulsektor bis 2015

Dieses ambitionierte Ziel findet sich in mehreren Dokumenten der EU Kommission. Allerdings legten sich die Ministerräte der EU diesbezüglich nicht fest. Es muss aber allgemein klar sein, dass der gegenwärtige Aufwand für den Hochschulsektor in Europa von 1,1 % des BIP weit hinter jenem Satz, der in den USA herrscht (2,6 %), zurückbleibt. Aus dem Finanzierungsdefizit resultieren erhebliche Wettbewerbsnachteile für die europäischen Universitäten.

4. Der Erfolg des Bologna-Prozesses

Im Trends V-Bericht der EUA aus 2007 wird berichtet, dass bereits 83 % aller Hochschuleinrichtungen in den 46 Bologna-Staaten das dreistufige „Degree-System“ eingeführt haben. Im Jahr 2003 waren dies nur 53 %. Gesetze wie Mentalitäten haben sich in Europa verändert. Die Bologna-Instrumente wie „level descriptors“, „credits“ und „diploma supplement“ werden vielerorts eingesetzt. Schließlich führte der Bologna-Prozess zu einem Umdenken, was Lehre an den Universitäten bewirken soll: Nicht die Anzahl der Kontaktstunden zwischen Lehrenden und Lernenden zählen, sondern das Ausmaß des Lernens der Studierenden.

Vieles ist noch nicht erreicht. Die soziale Dimension ist zu stärken, auch die vertikale Mobilität der Studierenden ist noch zu gering. Schließlich führte die Implementierung des Bologna-Prozesses zwar zu einer intensiven Diskussion innerhalb der Universitäten und mit den Ministerien, der Dialog mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen kam aber zu kurz. Gerade dieser Dialog muss in den nächsten Jahren verstärkt werden.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass der Bologna-Prozess zu einer Europäisierung und Modernisierung des Hochschulbereichs führte, die vor 10 Jahren, 1999, noch undenkbar erschienen.